Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 117. Sonnabend den 26. April 1884. 78. Jahrgang.

Wegen der Messe
ist unsere Expedition
morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 11. und 12. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes sind bei uns eingegangen und werden **bis zum 15. Mai dieses Jahres** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dieselben enthalten:

Nr. 1536. Internationaler Vertrag, betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer. Vom 6. Mai 1882.

Nr. 1537. Uebereinkunft zwischen Deutschland und der Schweiz, betreffend die gegenseitige Zulassung der in der Nähe der Grenze wohnhaften Medicinalpersonen zur Ausübung der Praxis. Vom 29. Februar 1884.

Leipzig, am 23. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rehgl.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß die Grundstücke in der **Kurzen Straße** mit den nachstehenden Nummern versehen worden sind:

Von der Dresdner Straße aus.
Linke Seite.

Alte Str.-Nr.	Grb.-Cat.-Nummer Abth. B.	Neue Str.-Nr.	Besitzer.
1	—	1	A. G. Bruno' Erben
1b	842 C	3	Heinrich Gustav Fuchs
—	843 B	5	Joseph Hafenreyer
2	849	7	Th. Otto's Erben
3a } 3 }	848	9/11	Zwei Eingänge C. H. H. Lehmert's Erben
4	847	13	H. W. Otto Gerwig und Frau
5	846	15	Friedr. Henriette verw. Grimmer
6	845	17	Frau Fanny Tieg
7	844	19	W. W. und E. A. Nake
7b	843 B	21	Schreiber's Erben.

Rechte Seite.

Alte Str.-Nr.	Grb.-Cat.-Nummer Abth. B.	Neue Str.-Nr.	Besitzer.
41	—	2/4 6/8	J. M. Wurlitzer (Garten zu Nr. 41 der Dresdner Str.)
Dresd. Straße 10	850	10	Gustav Gottfried Fritzsche
Kurze Straße 9	851	12	Carl Friedrich Wicke
8	852	14	Ernst Bauer.

Leipzig, am 17. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Bei Gelegenheit der Umpflasterung des Naundörfchens sollen die Fußwege daselbst regulirt und die hiermit verbundenen Steinmetzarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoirarbeiten im Naundörfchen"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **9. Mai** laufenden **Jahres Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 23. April 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Schlackengußsteinpflaster im Naundörfchen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Umpflasterung des Naundörfchens"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **9. Mai** laufenden **Jahres Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 23. April 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in der verlängerten **Hohen Straße** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleußenbau in der verlang. Hohen Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **6. Mai** laufenden **Jahres Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 23. April 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Das auf dem Folium 21 des Grund- und Hypothekenbuchs für Schönau eingetragene Bemerder'sche Gasthofsgrundstück in Schönau soll auf Antrag der Erben des bisherigen Eigenthümers verkauft werden.

Das Grundstück umfaßt einen Acker Fläche mit 256 „ Steuereinheiten und ist am 12. März 1884 vom gerichtlichen Sachverständigen lediglich nach dem Werthe des Areals und der Baulichkeiten und ohne Berücksichtigung der Ölsaaten auf **27,500 Mark** gewürdert worden.

Es ist auf dieses Grundstück bis jetzt ein Höchstgebot von nur 24,000 ℳ abgegeben worden.

Kauflustige, welche mehr bieten wollen, werden geladen, dies bis zum 2. Mai 1884 an unterzeichneter Amtsstelle zu bewirken.

Das vorhandene Inventar wird dem Käufer des Grundstücks auf seinen Wunsch zum ortsgerichtlichen Taxpreise, welcher hier bekannt gegeben wird, überlassen werden.

Leipzig, am 24. April 1884.

Königliches Amtsgericht daselbst,
Abtheilung für Vormundschaftssachen.
Mannsfeld.

Nichtamtlicher Theil.

Die Orientreise des österreichischen Kronprinzenpaares.

Der Besuch des Kronprinzen Rudolf und seiner Gemahlin Stephanie in Konstantinopel gleicht einem Märchen aus „Tausend und eine Nacht", so ungewöhnlich und ohne Beispiel in der Geschichte ist diese Fahrt. Um gleich das Wesentliche hervorzuheben, sei daran erinnert, daß bei den Mohammedanern die Frauen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen sind, die österreichische Kronprinzessin mußte also darauf gefaßt sein, daß sie bei den officiellen Festlichkeiten in Konstantinopel die einzige Dame sein würde, mit Ausnahme der Damen vom diplomatischen Corps. Und so geschah es denn auch bei dem Galadiner in Jyldiz Kiosk, daß der Sultan die Kronprinzessin zu Tische führte, während ihr Gemahl der Frau Baronin von Calice, der Gemahlin des österreichischen Botschafters, den Arm gab. Dafür stattete die Erzherzogin Stephanie zwei Tage später einen Besuch im Harem des Sultans ab. Was sie dort gesehen und welche Eindrücke sie dort empfangen hat, wird erst allmälig zum Theil in die Oeffentlichkeit dringen aus den Mittheilungen, welche sie ihrer Umgebung darüber machen wird, denn Männer haben bekanntlich keinen Zutritt in den Harem, und deshalb mußten auch Berichterstatter darauf Verzicht leisten, von diesem interessanten Besuch die hervorstechendsten Momente der Oeffentlichkeit zu vermitteln. Der Sultan hat es sich angelegen sein lassen, seinen fürstlichen Gästen die ganze Pracht des Orients zur Anschauung zu bringen, und obwohl bekanntlich die türkischen Finanzen sich in der traurigsten Verfassung befinden, so war der Sultan dennoch in der Lage, das österreichische Kronprinzenpaar mit den kostbarsten Geschenken zu überraschen. Die Prinzessin Stephanie trug die Gabe des Sultans, ein reich mit Diamanten gezieretes Diadem, bereits bei dem Galadiner am 21. April. Auch an einer Parade fehlte es nicht, und bei diesem Anlaß hatten die Gäste des Sultans wiederum Gelegenheit, die Unerschöpflichkeit der türkischen Hilfsquellen zu bewundern, denn das gesammte zur Parade befohlene Militair erschien in neuen Uniformen. Vorher hatte das feierliche Selamlik, ein Gebet, welches der Sultan in einer Moschee abhielt, im Anwesenheit des Kronprinzenpaares stattgefunden und überall die gleiche Prachtentfaltung, derselbe Ueberfluß, als ob die Finanzen der Türkei in bester Ordnung wären und der Sultan über ungezählte Millionen verfügte. Die Kehrseite dieses blendenden Schaulpiels darf man freilich nicht zu genau betrachten, sonst würde man auf eine Summe von Elend stoßen, welche mit dem glänzenden Flitterstaat im schreiendsten, und unlösbaren Widerspruch steht. In der Türkei setzt man sich über Das, was man nicht ändern kann oder nicht ändern will, mit dem Universalmittel der Resignation, der lautlosen Ergebung in das Schicksal hinweg, und daher kommt es, daß selbst unter den trostlosesten Verhältnissen in der Türkei stets der Schein gewahrt wird, als wäre Alles in bestem Stande und ließe nichts zu wünschen übrig.

Der Sultan ist vom besten Willen beseelt, aber das schlimme Ende, welches Abdul Aziz gefunden hat, und die Erfahrungen des letzten russisch-türkischen Krieges und seiner Folgen haben die Lebensauffassung des Großherrn verdunkelt, eine tiefe Melancholie hat ihn erfaßt, und stete Todesfurcht läßt ihn zu keinem unbefangenen heiteren Lebensgenusse kommen. Wenn er einmal lächelt, so wird das als ein der besonderen Aufzeichnung würdiges Ereigniß betrachtet. Und doch ist der Sultan ein überaus zuvorkommender und liebenswürdiger Wirth, selbst gegen solche Gäste, die er unmöglich als seine Freunde ansehen kann. Hat er doch dem Fürsten Nikita von Montenegro, welcher ihn vor Jahresfrist in Jyldiz Kiosk besuchte, die ausgesuchteste Gastfreundschaft bewiesen, und man hat überhaupt noch niemals etwas Anderes als das Vortheilhafteste über die persönlichen Eigenschaften und die ungewöhnliche Güte und Milde des Sultans gehört. Es ist auch Abdul Hamid wahrlich zu gönnen, daß ihm wenigstens durch persönlich angenehme Eindrücke das Uebermaß von Kummer, welches ihm beschieden ist, gemildert wird. Gegenwärtig ist es England, welches dem Sultan schwere Sorgen bereitet. Nachdem die Türkei im Jahre 1877 mit Mühe und Noth der gänzlichen Vernichtung entgangen ist, wurden in dem seit diesem Schreckensjahre vergangenen Zeitraum unaufhörlich Stücke aus ihrem Leibe herausgerissen. Oesterreich behielt in Folge des Berliner Friedens Bosnien und die Herzegowina, England legte seine Hand auf Cypern und Egypten und Rußland hat sein Augenmerk für die nächste Zukunft auf den Rest von Armenien gerichtet, welcher der Türkei noch geblieben ist. Dazu kommen die chronischen Aufstände auf Kreta in Albanien, das unklare und kaum noch auf einen Zusammenhang mit dem türkischen Reich deutende Verhältniß von Bulgarien und Ostrumelien zu demselben. Das schreibar noch so große und ausgedehnte Reich, welches dem Khalifen und Großsultan untergeben ist, besteht in der Hauptsache nur noch dem Namen nach, in der That ist es nur aus lauter lose zusammenhängenden Theilen zusammengesetzt, welche nur noch durch die Macht der Gewohnheit mit dem Ganzen verbunden sind, Syrien, Palästina, Kleinasien, das vorhin erwähnte Armenien, alle diese Länder geben kaum noch Rekruten für die türkische Armee her, die einzige türkische Eigenschaft, die sie noch bewahrt haben, ist die, daß sie sich von habgierigen und gewissenlosen Paschas aussaugen lassen, bis auch für sie die Erlösungsstunde schlägt durch Vereinigung mit den englischen oder russischen Besitzungen.

Unter diesem Gesichtspuncte betrachtet, verliert der Besuch des österreichischen Kronprinzenpaares in Konstantinopel auch den letzten Schimmer eines politischen Ereignisses und erscheint lediglich als Nebelbild oder, um es im türkischen Sinne auszudrücken, als ein Karagöz, wie wir es aus der Operette Fatinitza kennen. Glücklicherweise ist das Ende dieses Schattenspiels für den Sultan nicht so gefährlich wie in dieser Operette, wo bekanntlich der General Kantschukoff erscheint und der ganzen Herrlichkeit ein Ende mit Schrecken bereitet. Eine Vergleichung, welche nahe liegt, könnte zwischen der Reise des österreichischen Kronprinzenpaares und der des deutschen Kronprinzen nach Spanien und Italien gezogen werden, aber die große und ganz unverkennbare Verschiedenheit zwischen beiden Ereignissen tritt bei näherer Betrachtung sogleich hervor. Die Reise des deutschen Kronprinzen war im ganzen Sinne des Wortes von hochpolitischer Bedeutung. Die beiden Halbinseln im Südwesten Europas wurden dadurch enger an die mitteleuropäische Friedenspolitik herangezogen. Die Reise des österreichischen Kronprinzenpaares nach Konstantinopel ist dagegen unzweifelhaft nichts anderes als eine Vergnügungstour, welche natürlich nur unter der Voraussetzung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei unternommen werden konnte. Erst bei der Ankunft in Bukarest kommen für den Kronprinzen Rudolf noch andere Rücksichten als touristische in Betracht, und auch wenn er beim serbischen Königspaar als Gast erscheint, wird Graf Kalnoky diese Begegnung als einen Factor verzeichnen, mit welchem er rechnen muß. Die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Serbien, Rumänien und Bulgarien sind in erster Linie politischer Natur, zur Türkei sind sie es erst in zweiter, weil die Türkei in ihrer heutigen Gestalt nicht allianzfähig ist.

•

Leipzig, 26. April 1884.

* Als die Unfallgesetzcommission am Mittwoch Abend ihre Arbeiten wieder aufnehmen wollte, stellte sich eine so eclatante Beschlußunfähigkeit heraus, daß die Sitzung verschoben wurde. Der Vorgang ist sehr bezeichnend für die augenblickliche parlamentarische Lage. Er beweist, daß es an der Muße und Stimmung für große sachliche Arbeiten augenblicklich fehlt. Und daran ist die Unsicherheit über das Schicksal des Socialistengesetzes und die dadurch herbeigeführte allgemeine Spannung und Erregung schuld. Noch ist die Entscheidung über das Socialistengesetz völlig ungewiß und unberechenbar; die Meinungen, ob es eine Mehrheit finden werde oder nicht, kreuzen sich. Augenblicklich überwiegt die letztere Ansicht wieder. Jedenfalls aber hat das Gefühl, vielleicht schon in wenigen Tagen vor einer Reichstagsauflösung zu stehen, eine ungemein lähmende und hindernde Wirkung für den Fortgang aller sachlichen Arbeiten, und es ist ganz unerläßlich, daß die Entscheidung jetzt so bald wie irgend möglich herbeigeführt und den Bestrebungen Derjenigen entgegengetreten wird, welche ein Interesse daran zu glauben haben, diese Entscheidung noch länger hinauszuschieben. Die Socialistengesetzcommission nahm am Donnerstag Abend ihre Arbeiten wieder auf. Möge sie die Sache jetzt rasch zur Klärung bringen. Wie die Verhältnisse liegen, ist der einfachen Entscheidung mit Ja oder Nein über das Gesetz, wie es vorliegt, doch nicht lange mehr auszuweichen. Die Versuche, eine andere Fragestellung herbeizuführen, sind ja doch nutzlos.

* Die „National-Zeitung" scheint, was ihre Mittheilung über den Empfang des Oberbürgermeisters Miquel beim Fürsten Bismarck betrifft, nur als Mundstück für Conjecturalpolitiker gedient zu haben. Denn nach einem Berliner Briefe des „Hannoverschen Couriers" ist die Nachricht falsch. Der betreffende Correspondent ist im Uebrigen sehr mißtrauisch, wenn er schreibt:

„Herr Miquel und mit ihm seine Partei wissen sehr wohl, daß bis zu einer wirklichen Verständigung mit dem Kanzler der Weg ein weiter und schwieriger ist, und bekümmert noch wissen sie, daß theoretischen Freundlichkeiten aus dem Regierungslager bis jetzt jeder concrete Inhalt fehlt, insbesondere der Aufrichtigkeit des allgemeinen Entgegenkommens, welches Fürst Bismarck zeigt. Daß der Letztere nach übereinstimmenden und zuverlässigen Mittheilungen den Wunsch hegt, Herrn Miquel und Herrn v. Bennigsen in den Staatsrath zu ziehen, widerlegt diese Auffassung nicht, stützt dieselbe vielmehr. Es ist ganz klar, daß der Staatsrath keine einseitig conservative Färbung haben darf. Selbst ein verbissener conservativer Parteimann, was Fürst Bismarck nicht ist, würde Bedenken tragen, einer Körperschaft, welche mit dem Nimbus höchster staatsmännischer Objectivität bekleidet sein soll, einen Charakter zu geben, der jede Wandlung und Verschiebung in sich selber von vornherein ausschließen und das Gerichtet vielleicht zum Herrn und Meister über den Schöpfer machen würde. Eine Mischung von gemäßigt liberalen und gemäßigt conservativen Elementen muß dem Reichskanzler für den Staatsrath als besonders angemessen erscheinen, und man kann annehmen, daß die Ernennungen unter diesem Gesichtspuncte erfolgen werden."

* Das nationalliberale Centralcomité für die Rheinprovinz wird sich demnächst in Köln versammeln, um die Wahl der Vertreter zum Parteitage in Berlin vorzunehmen und eine Vertrauensmännerversammlung oder einen Parteitag für die Provinz anzuberaumen. Auch die Vorstände der nationalliberalen Wahlvereine von Elberfeld und Barmen haben in einer jüngst abgehaltenen gemeinsamen Sitzung den Plan erwogen, einen rheinisch-westfälischen Parteitag abzuhalten. Es wurde ein engeres Comité eingesetzt und mit der Ausführung der weiteren vorbereitenden Schritte beauftragt.

* Die Reichstagsgruppe der socialdemokratischen Partei hat trotz des Beschlusses des vorjährigen Kopenhagener Congresses (die Socialdemokraten möchten sich dort, wo ihre Candidaten nicht in Betracht kommen, der Stimmgabe enthalten) in ihrer zuletzt abgehaltenen Sitzung beschlossen, im Falle einer Reichstagsauflösung wegen des Socialistengesetzes eine Kundgebung an die socialistischen Gesinnungsgenossen zu erlassen, in welcher denselben in Anbetracht der veränderten Situation empfohlen wird: bei allgemeinen, sowie bei Stichwahlen, dort, wo socialdemokratische Candidaten nicht in Betracht kommen, für diejenigen Candidaten zu stimmen, die sich gegen das Socialistengesetz erklärt resp. die, wenn sie schon Mitglieder des Reichstages waren, gegen die Verlängerung des Gesetzes gestimmt hatten. Das vereinfacht nur die Situation und wird den Wählern immer mehr in Betreff der deutschfreisinnigen Partei, der die Unterstützung der Socialdemokratie in Aussicht gestellt ist, die Augen öffnen.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wendet sich wieder gegen die „polnische Insurrectionspartei"; es heißt in dem Artikel:

In Besprechung der Interpellation Jagbzewski hatten wir darauf hingewiesen, daß die polnische Insurrectionspartei sich in den letzten Jahren mit Hoffnungen geschmeichelt habe, für deren Verwirklichung ein Krieg Rußlands gegen Deutschland und Oesterreich die Vorbedingung war. Der polnischen Presse ist diese Erinnerung aus einer Zeit, in welcher der „Pielgrzym" sichere Anzeichen erblickte, „daß das ganze, durch den Fürsten Bismarck und durch die Beschränktheit der französischen Politik erbaute Gebäude des deutschen Reichs jeden Augenblick einstürzen und mit seinem Schutt den deutschen Geist ersticken werde," unbequem. Der „Kuryer poznański" beruft sich für sein Ableugnen auf die Autorität des Abgeordneten Kantak, der durch seinen Zwischenruf gegenüber dem Abgeordneten v. Tiedemann „Ja, wenn die Russen kommen" am 6. Februar d. J. mit diesem Zeitpunct seine Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens ausdrücklich verknüpfte. Allerdings hat Herr Kantak in derselben Sitzung, wie es jetzt der „Kuryer poznański" thut, bestritten, daß die polnische Presse jemals ihr Dichten und Trachten auf einen deutsch-russischen Krieg gerichtet habe. Aber es ist schwer glaublich, daß ihm die Artikel der „Gazeta Toruńska", des „Pielgrzym", des „Przyjaciel", des „Katolik" u. a. m. aus den Jahren 1881 und 1882 unbekannt geblieben oder ganz aus dem Gedächtniß geschwunden sind, in welchen Rußland vor den Angriffs- und Eroberungsplänen Preußens gewarnt wurde, in welchen Rußland darauf aufmerksam gemacht wurde, daß alle deutschen Ansiedler in Russisch-Polen deutsche Spione seien, bestimmt, im Kriegsfalle die preußischen Officiere zu führen, in welchen faktisch abgewogen wurde, ob die Polen im Kriegsfalle mit Deutschland gegen Rußland oder umgekehrt mit Rußland gegen Deutschland gehen sollten. — Man pflegt polnischerseits und in den Kreisen des Centrums gern auf die Theilnahme der polnischen Truppen an dem deutsch-französischen Kriege hinzuweisen, und wir sind weit entfernt, diesen Antheil nicht voll zu würdigen. Aber eine andere Frage ist es, ob sich Leute darauf berufen dürfen, die, wie es in der „Gazeta Toruńska" geschehen ist, diesen Antheil als das schmerzlichste Blutopfer bezeichnen, weil die Nothwendigkeit sie gezwungen habe, Diejenigen zu schlagen, mit denen die Waffenbrüderschaft und jahrelange Sympathien sie verbanden?

* Man schreibt der „Nationalliberalen Correspondenz" aus Oesterreich: „Das Vorgehen der Regierung gegen die Prager Handelskammer ist ein neues Glied in der Kette, durch welche das deutsche Volksthum gefesselt und seinen slawischen Drängern unterworfen werden soll. Gegen den Wortlaut des Gesetzes hat der Handelsminister, als die bisherige deutsche Majorität der Kammer auf seine Gruppirungskünste nicht einging, die letztere aufgelöst und eine Wahlordnung octroyirt, welche künftighin den Czechen die Majorität sichert. Dadurch gewinnen dieselben auch vier Sitze im böhmischen Landtag und zwei im Reichsrath. Unter diesen Umständen haben die Deutschen beschlossen, keine Vertrauensmänner in die Wahlcommission zu entsenden. Es ist dies der Anfang einer praktischen Uebung der Abstinenzpolitik, welche von den Deutschen in Böhmen schon seit Jahr und Tag als die allein wirksame Waffe betrachtet wird, um den Uebergriffen der Czechen zu begegnen (deren Zweckmäßigkeit indessen doch erheblichen Zweifeln unterliegen dürfte). Desgleichen wollen die Deutschen sich nicht an den Wahlen für den Landeskulturrath betheiligen, falls die verlangte Theilung in zwei sprachlich getrennte Gruppen verweigert wird. Auch die vollständige administrative Scheidung der deutschen von den czechischen Bezirken Böhmens wird von deutschen Vereinen und Corporationen in Nordböhmen immer dringender und energischer gefordert. Das Verfügungsprogramm des Cabinets Taaffe zeitigt immer bedenklichere Früchte für das Deutschthum in Oesterreich."

* Die Zweite schwedische Kammer hatte vor den Ferien einen Antrag auf theilweise Abschreibung der Grundsteuer angenommen. Da aber eine derartige Beeinträchtigung der regelmäßigen Staatseinkünfte vom Reichstage nicht einseitig beschlossen werden kann, sondern von der Staatsregierung genehmigt sein muß, so hat die Erste Kammer den Antrag mit großer Majorität abgelehnt.

* Das dänische Folkething wird voraussichtlich binnen Kurzem den Handelsvertrag mit Spanien in Berathung nehmen. Der Reunerausschuß der Kammer ist nämlich von dem Finanzausschuß aufgefordert worden, die Gesetzvorlage, betreffend Zoll- und Schiffsabgaben, die sich ebenfalls in den Händen des Reunerausschusses befindet, so weit zu fördern, daß sie zugleich mit dem spanischen Handelsvertrag zur Berathung gelangen könne. Seitens der Majorität des Reunerausschusses ist deshalb beantragt worden, daß die Zollvorlage, welche bisher nicht über die erste Lesung hinausgelangt ist, nunmehr zur zweiten Lesung gebracht werden möge.

* Die Schwarze-Meer-Politik Rußlands strebt bekanntlich consequent und unablässig nach Etablirung der ausschließlichen Herrschaft über den Pontus und dessen Küstenland. Den Brennpunct und die Grundlage der dortigen maritimen Bestrebungen Rußlands bildet noch wie vor die Krim. Seit den letzten zwei Jahren hat man mit voller Energie an der Wiederherstellung Sewastopols gearbeitet und bemerkenswerthe Erfolge erzielt. Sewastopols Handelsverkehr ist in raschem Aufblühen begriffen; der Exporthandel besitzt in dieser Stadt einen äußerst günstig belegenen Ausfuhrhafen, und ist Sewastopol auf dem Wege, binnen Kurzem unter den Seeplätzen ersten Ranges im Schwarzen Meere zu rangiren.

* Aus Konstantinopel, 21. April, wird uns geschrieben:

Die Kronprinz-Tage mit ihren Festen sind schnell vorübergerauscht. Es kann constatirt werden, daß das österreichische Kronprinzenpaar auf die Türken sammt und sonders einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat. Nur soll man draußen durch die schwungvollen Berichte der Wiener und Pester Presse sich nicht verleiten lassen, an große politische Erfolge zu glauben — wenn man nicht Versprechungen für Erfolge nehmen will. Die Länder diesseits und jenseits des Balkans behaupten sich als das interessante Gebiet des Orients. In Sofia wie in den ostrumelischen Städten balgt man sich seiner politischen Heilsansichten wegen. In Sofia geriethen die Parteien aneinander bei Gelegenheit der Wahl eines neuen Bürgermeisters. Wiederum, wie bei einer früheren ähnlichen Gelegenheit, traten, um die schließlich mit Messern kämpfenden Gegner zu trennen, die Feuerwehrleute ins Mittel, aber nicht mit eisel Wasser wurden diesmal die Streiter auseinandergesprengt, sondern mit einer anderen Flüssigkeit, die mit Kölnischem Wasser absolut nichts gemein hat. In Philippopel artete ein Meeting, nachdem der Regierungswohlbeliebte Aleko Pascha's enthusiastisch gepriesen worden waren, in eine Rauferei aus, in welche schließlich eine aus den umliegenden Dörfern herbeigeholte Bauernherde eingriff, die Arrestirten von der Partei, die sich conservativ nennt, befreite und noch Weitung ihrer Führer eine Demonstration vor dem russischen Generalconsulat veranstaltete. Es wird Zeit, daß ein